

DIE ENTDECKUNG EUROPAS

I

Endlich ist es soweit. Die Europäer, die so viele fremde Länder entdeckt und durchforscht haben, haben nunmehr auch ihren eigenen Erdteil entdeckt. Sie arbeiten gegenwärtig in der Tat ernsthaft daran, ihn von Grund auf kennenzulernen und ihm die neue Gestalt zu geben, ohne die er nur noch vegetieren, keinesfalls aber noch eine neue Blütezeit erleben wird. Das Wort von der Zusammenfassung der europäischen Kräfte in eine europäische Einheit ist in aller Munde.

Das war nicht immer so. Durch die eindringlichen Lehren des zweiten Weltkrieges ist dieses Wunder bewirkt worden, und selbst die zuvor fast Blinden haben ein wenig sehen gelernt. Man macht aus der Not eine Tugend und übertrumpft einander in neuem Europäertum. Man wird diese Wandlung begrüßen aber doch sagen müssen, daß ein früheres Begreifen der europäischen Lebensnotwendigkeiten der Menschheit viel Schweres erspart und den zweiten Weltkrieg vermutlich verhindert hätte.

Bereits nach dem ersten Weltkrieg war es klar geworden, daß der europäischen Zerrissenheit, die immer wieder zu kriegerischen Zusammenstößen geführt hatte, ein Ende gesetzt werden mußte. Aber nur eine Handvoll bekannter Politiker in den beiden für die europäische Entwicklung ausschlaggebenden Ländern, in Deutschland und Frankreich, hatten erkannt worauf es ankam, und sie vertraten in unermüdlicher schriftlicher und mündlicher Propaganda das Programm der wirtschaftlichen und politischen Zusammenfassung Europas. In Deutschland scharten sich diese Politiker um die beste sozialistische Zeitschrift, die Deutschland je besessen hat: die „Sozialistischen Monatshefte“, die von dem genialen, leider bereits 1936 in Prag verstorbenen *Joseph Bloch* herausgegeben und geleitet wurden. Es waren Sozialisten, die hier ihre Auffassung vertraten. Die wenigen bürgerlichen Politiker, die der gleichen Meinung waren, fanden in der damals von *Georg Bernhard* geleiteten „Vossischen Zeitung“ ein Sprachrohr für europäische Kontinentalpolitik. Die „Sozialistischen Monatshefte“ sind das einzige Organ gewesen, in dem die Konzeption des engen Zusammenschlusses der europäischen Völker als politische Forderung entstand und weiterentwickelt wurde. Sie hat sodann noch während der Weimarer Epoche bei vielen Einzelpersonlichkeiten, besonders unter den Gewerkschaftern, Fuß gefaßt, ist jedoch in kein Programm der politischen Parteien aufgenommen worden, ausgenommen in das der deutschen Sozialdemokratie. Diese hat sich anfangs dem europäischen Gedanken gegenüber ablehnend, manchmal sogar feindselig verhalten und das Sozialistische in ihm: die Verkörperung des Produktionsgedankens, d. h. die Entfaltung der produktiven Kräfte in organischer Gestaltung der europäischen Wirtschaft, erst spät begriffen. Im Jahre 1925 hat die vom Nürnberger Parteitag eingesetzte Programmkommission folgenden Vorschlag gemacht, der in demselben Jahr vom Parteitag in Heidelberg angenommen wurde: „Die deutsche Sozialdemokratie tritt ein für die zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, um zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa zu gelangen, die zur Selbstbehauptung des europäischen Kontinents notwendig ist.“

Die kontinentaleuropäische Idee ist echter geistiger Besitz des deutschen Sozialismus und nicht dem Arsenal des Bürgertums entliehen worden. Damit soll

keine Auseinandersetzung um die Priorität begonnen werden, das wäre sinnlos. Aber einer der wenigen Überlebenden aus dem Kreise der „Sozialistischen Monatshefte“ hat wohl die Pflicht, den verstorbenen tapferen Mitstreitern gegenüber diese historische Wahrheit auszusprechen.

Es hatten aber, im ganzen gesehen, nur wenige Franzosen und Deutsche in der damaligen Zeit begriffen, daß die Rettung Europas in seinem Zusammenschluß bestand. Dieser war jedoch nur erlangbar unter der Voraussetzung, daß die beiden wichtigsten festländischen Nationen: Deutschland und Frankreich, sich zur gemeinsamen Arbeit die Hände reichten. Diese Notwendigkeit ist von den Kontinentalpolitikern der „Sozialistischen Monatshefte“ unablässig hervorgehoben, aber nur von verhältnismäßig wenigen verstanden worden. In dieser Versöhnung lag die Urzelle der europäischen Verständigung, nur aus ihr konnte das europäische Einheitsstreben die Kraft schöpfen, die es, bis zu seiner Verwirklichung, vorwärts zu treiben vermochte. Diese Einsicht fehlte den Deutschen noch mehr als den Franzosen. Die maßgebenden Männer der Weimarer Republik segelten alle miteinander mehr oder minder im Fahrwasser der britischen Politik, die zu jener Zeit einer engeren Arbeitsgemeinschaft der beiden großen Kontinentalvölker nicht günstig war. Besonders den deutschen Politikern erschien es damals unmöglich, eine den Briten wenig willkommene deutsch-französische Verständigung herbeizuführen und, von dieser Basis aus, den ganzen Kontinent zu einigen.

II

Die Kontinentalpolitiker waren der Auffassung, daß die europäischen Festlandstaaten sich ohne Großbritannien und ohne Rußland zusammenschließen müßten und sie haben ohne Scheu, in Rede und Schrift, diese These gegen das Unverständnis ihrer eigenen Landsleute vertreten. Während die Nichtbeteiligung Rußlands (das selbst fast ein Erdteil ist und zum größten Teil zu Asien gehört) Verständnis fand, wurde die Haltung der Kontinentalpolitiker gegenüber Großbritannien als englandfeindlich angesehen. Das war vollkommen unrichtig. Sie beruhte einfach auf der Erkenntnis, daß das britische Imperium, zu dem große Gebiete in der ganzen Welt gehörten, selbst ein Völkerbund war, dessen Interessen in der Hauptsache nicht europäisch, sondern überseeisch bestimmt wurden. So bedeutsam für Großbritannien auch alle europäischen Vorgänge waren, von denen es sich praktisch nicht ausschließen konnte — hat es sich doch fast an allen europäischen Kriegen beteiligt und den größten Teil seiner eigenen auch auf dem Festland geführt —, so lagen dennoch die Wurzeln seiner Macht vor allem in Übersee. Es hat daher auch dauernde und feste Abmachungen mit europäischen Staaten nur höchst selten getroffen und war nie bereit, Bindungen mit dem Kontinent einzugehen, die langwährende Verpflichtungen einschlossen, denn sie hätten mit denen zu seinen Kolonien und Domänen leicht in Konflikt geraten können. Das ist von britischer Seite oft ausgesprochen worden, hat indessen europäische Politiker, zu denen auch *Coudenhove-Kalergi* gehörte, nicht gehindert, den Zusammenschluß Europas einschließlich Großbritanniens zu propagieren.

Ich erinnere mich noch gut einer Sitzung des deutschen Pan-Europa-Komitees, die 1926 oder 1927 in Berlin stattfand. Ich hatte damals Gelegenheit, mit einem der einflußreichsten konservativen englischen Politiker, mit Amery, zu sprechen, der viele Jahre britischer Kolonialminister war. Amery bestätigte die von den „Sozialistischen Monatsheften“ vertretene Auffassung, daß Großbritannien nie ein integrierender Bestandteil Kontinentaleuropas sein könne und derartige Vorschläge, wenn sie ihm gemacht würden, mit Sicherheit ablehnen werde. Alle britischen Reichs-

konferenzen, die inzwischen stattgefunden haben, haben gezeigt, daß diese von Amery ausgesprochene Meinung die aller maßgebenden Persönlichkeiten des Mutterlandes selbst und (erst recht) auch die seiner überseeischen Gebiete war. Wenn trotzdem zur Zeit der Weimarer Republik immer wieder die Frage gestellt wurde, weshalb man Großbritannien nicht in einen kontinentaleuropäischen Bund aufnehmen wolle (als ob es sich um einen Verein gehandelt hätte, in dem man darüber beschließen konnte, wer beitreten durfte oder abgelehnt wurde), so war das bezeichnend für den Tiefstand des deutschen politischen Denkens. Für den, der die wirtschaftliche und politische Zusammenfassung der europäischen Nationalstaaten als Folge einer aus Produktionsgründen sich ergebenden Entwicklung zu bestimmten größeren Wirtschaftskomplexen begriffen hatte, mußte eine solche Frage undiskutierbar sei. Es war vollkommen klar, daß Großbritannien nicht nur aus den britischen Inseln bestand, sondern ein Imperium für sich, ein Völkerbund war, der auch heute zu existieren nicht aufgehört hat. Das Zusammenwachsen einzelner zusammengehörender Nationen zu größeren Wirtschaftskomplexen vollzog sich in der ganzen Welt und Kontinentaleuropa war nur einer von ihnen.

Mit derselben Offenheit und Schärfe ist von den Kontinentalpolitikern auch darauf hingewiesen worden, daß zu der damaligen Zeit Großbritannien solange ein Gegner der europäischen Einheit und der deutsch-französischen Verständigung sein werde, bis beide vollzogen seien. Erst dann werde es sich den vollendeten Tatsachen fügen und in ein freundschaftliches Verhältnis zu dem neuen Europa treten.

Als vor rund 20 Jahren der damalige französische Außenminister *Aristide Briand* einen Plan für die Einigung Europas vorlegte, wurde er von der britischen Regierung mit der Begründung abgelehnt, daß sie gezwungen sei, die besonderen Umstände in Rechnung zu stellen, die für Großbritannien als Mitglied der britischen Völkergemeinschaft bestünden. In der Pariser Zeitung „Le Monde“ vom 15. Juni 1950 hat Maurice Duverger in einem lesenswerten Artikel daran erinnert, daß *Winston Churchill* zu dieser selben Zeit zu dem Thema Europa-Großbritannien sich folgendermaßen ausdrückte: „England ist nur mit Europa verbunden, aber nicht in ihm eingeschlossen. Es gehört nicht nur einem Kontinent an, sondern allen.“ Im Deutschland der Weimarer Epoche wurde der Gedanke der europäischen Einheit vollkommen mißverstanden. Den Befürwortern dieser Einheit ist oft entgegnet worden, daß man Deutschland nicht dem Risiko überantworten könne, die Folgen eines unbekanntes und unübersehbaren Programms auf sich zu nehmen. Nun, die Kontinentalpolitiker haben dieses Programm in aller Ausführlichkeit auseinandergesetzt und von Deutschland nicht verlangt, an Wunder zu glauben, sondern nur eine Reihe von Opfern im eigenen und europäischen Interesse als notwendig erachtet. Wenn Regierung und Reichstag die Dinge klug und nüchtern geprüft und begriffen hätten, daß man mit Frankreich zusammengehen müsse, um ein europäisches Ziel zu erreichen, so wäre vieles anders gekommen. Zwanzig Jahre lang wurde in den „Sozialistischen Monatsheften“ gezeigt, daß Deutschland nicht die Wahl hatte, zwischen zwei verschiedenen Konzeptionen zu wählen, sondern nur zwischen der europäischen Konzeption und der Katastrophe. Die europäische Konzeption war die Forderung des Tages, und eine wirklichkeitsnahe, nüchtern abwägende Realpolitik hätte das Gebot der Stunde erkennen und alles tun müssen, um es durchzuführen. Man brauchte damit keine feindliche Frontstellung gegen England einzunehmen; es waren nur die eigenen, von Politik und Wirtschaft diktierten Gesetze zu erfüllen, wie sie Großbritannien durch die Herstellung des britischen Commonwealth für sich bereits erfüllt hatte. Es war eine sittliche Pflicht, sich gegen ein für Europa verderbliches politisches Prinzip, gegen die

Balance of Power-Politik, zu wenden und darzulegen, wo die wahre Aufgabe Deutschlands und der übrigen europäischen Völker lag. Mit Frankreich das neue Europa zu schaffen, hätte der Menschheit wahrscheinlich den Weltkrieg erspart. Man zog die Revanche vor und setzte Hitler in den Sattel.

III

Nach dem ersten Weltkrieg, der die Weltrevolution einleitete, hätte die Schaffung einer europäischen Einheit das wichtigste Ziel der europäischen Staatsmänner und Parlamente sein müssen. Es ist ungewiß, ob dieses große Versäumnis heute noch wieder gutgemacht werden kann. In jedem Fall muß es mit allen Kräften und mit tunlichster Beschleunigung versucht werden, damit die Menschheit vor den Greueln einer dritten Katastrophe bewahrt wird. Freilich gibt es das alte Europa nicht mehr. Wir haben es nur mit einem Rumpfeuropa zu tun, das obendrein durch den zweiten großen Krieg materiell und geistig verwüstet ist und dessen wirtschaftlich stärkster Teil, Deutschland, um ein Drittel verkleinert und in kaum vorstellbarer Weise zerstört worden ist. Aber auch dieser erhalten gebliebene Rest Europas wird, wenn erst ein ernsthafter Anfang zu seinem Aufbau mit dem Ziele der Einheit gemacht wird, von dem Blut echter Zusammenarbeit durchströmt werden und eine Wirklichkeit herstellen, die den Interessen aller Beteiligten gerecht wird.

Nach einem kurzen Zögern ist Frankreich zum Gedanken der Einheit Europas zurückgekehrt und hat, um mit ihrer Durchführung zu beginnen, eine Fusion der französischen und deutschen Kohlen- und Stahlproduktion vorgeschlagen, der beizutreten auch die anderen europäischen Länder aufgefordert wurden. Der größte europäische Kohlen- und Stahlproduzent, Großbritannien, hat die Beteiligung abgelehnt, weil es seine Kohlen- und Stahlproduktion keiner intereuropäischen Direktion und Kontrolle unterwerfen will. Wegen seiner engen Bindung an das britische Commonwealth sieht es sich nicht in der Lage, einer tatsächlichen Verflechtung mit dem Kontinent zuzustimmen, die es unter Umständen in einen Gegensatz zu der eigenen Völkergemeinschaft bringen könnte. Diese Entscheidung ist für die meisten europäischen Staatsmänner und Politiker eine schmerzliche Überraschung gewesen. Man hatte angenommen, daß die Erfahrungen und Wirkungen des zweiten Weltkrieges Großbritannien dem Kontinent sehr viel näher gerückt hätten. Diese Annäherung ist auch vorhanden. Sie scheint indessen noch nicht groß genug zu sein, um unter Aufgabe der Grundhaltung seiner Außenpolitik den Anschluß an den europäischen Kontinent zu vollziehen.

Zweifellos haben die drei wichtigsten Grundsätze britischer Politik durch die Entwicklung der Kriegstechnik einen tüchtigen Stoß erhalten. Die Beherrschung der See, die Sicherheit der Grenzen und Verbindungswege des britischen Commonwealth zu Wasser und zu Lande, sind ebenso zweifelhaft geworden, wie der Schutz des Mutterlandes durch den Ärmelkanal. Drittens hat die berühmte Balance of Power-Politik in Europa durch die von den Sowjets erungene Machtposition sowohl wie durch die amerikanische Europapolitik ein Ende genommen; es gibt auch keine Mächtegruppierung mehr in Europa, an der sich die britische Politik des europäischen Gleichgewichts der Kräfte erproben könnte. Außerdem aber steht seit der Freigabe Ägyptens, Indiens und einiger anderer asiatischer Gebiete das britische Commonwealth nicht mehr auf so festen Füßen wie vordem. Wie lange es sich trotzdem halten wird, ist schwer zu sagen. Jedenfalls ist es der zähen und vorausschauenden (wenn nötig: auch

nachgiebigen) Politik Großbritanniens vorerst gelungen, seine große Völkergemeinschaft aufrechtzuerhalten, und es wird alles zu vermeiden suchen, was sie im geringsten stören könnte. Wer dieser rund 200 Jahre alten Zentralidee des britischen politischen Lebens und Strebens nicht die nötige Beachtung schenkt, wird sein außenpolitisches Wollen, auch in der Gegenwart, nie begrreifen.

Aber noch ein weiterer Tatbestand, mit dem die britische Politik stets rechnete, hat sich geändert. Großbritannien ist durch keine kontinental-europäische Macht mehr bedroht. Wenn trotzdem die Zusammenarbeit mit dem Festland sich in der Hauptsache auf die zur Abwehr gegen einen bolschewistischen Angriff geschaffene Atlantikgemeinschaft und auf die durch den Marshallplan notwendig gewordene Mitarbeit in der OEEC beschränkt, so ist das ein schlüssiger Beweis dafür, daß die Briten sich politisch wie geistig nur als halbe oder Viertel-Europäer fühlen. Man kann auch noch den Europarat in Straßburg als Beweis dafür heranziehen, der infolge den von England ausgehenden Hemmungen dauernd auf der Stelle tritt. Ob Großbritannien auf diese Weise die dauernde Sicherheit gewinnt, auf die es, wie alle anderen Staaten, Anspruch hat, wird oft bezweifelt; es wird vielfach angenommen, daß der Gebäudekomplex des Commonwealth nicht mehr allzu fest stehe. Bei der Schaffung der europäischen Einheit mitzumachen, wäre daher, wie das Festlandpolitiker oft auseinandersetzen, keine schlechte Versicherung für Großbritannien gegen zukünftige Schwierigkeiten und Gefahren.

Großbritannien indessen blickt auch heute noch ebenso sehr auf Indien wie auf Europa. Sobald es daher europäischen Entschlüssen Folge leistete, die unter Umständen den Interessen Indiens oder anderer Mitglieder des Commonwealth widersprechen, wird diese große Gemeinschaft in Gefahr geraten. Die europäischen Völker sind deshalb nicht weniger auf die Herstellung ihrer Gemeinschaft angewiesen und müssen sie so gestalten, wie es ihren eigenen Zwecken entspricht. Nach dem durch den zweiten Weltkrieg herbeigeführten Umsturz in Europa ist es so gut wie sicher, daß die neue europäische Gemeinschaft auf gutem Fuß mit Großbritannien und dem Commonwealth stehen wird. Der wäre kein guter Europäer, der das Gegenteil wünschte.

IV

Das Manifest der britischen Labour-Party über die Einheit Europas sowie die Mitte Juni stattgehabte Debatte im Unterhaus über den Schumanplan bedeuten eine nicht mißzuverstehende Absage. Man muß, um der Wahrheit und Klarheit willen, auf den lapidaren (nicht etwa aus dem Zusammenhang gerissenen) Satz des Manifestes hinweisen, daß „die Briten in jeder Beziehung, von der Entfernung abgesehen, den Verwandten in Australien und Neuseeland, auf der anderen Seite der Erde, näherstehen als den Europäern“. Dieser Satz bezeugt die Richtigkeit und die Bedeutung der in diesem Aufsatz gegebenen historischen Darstellung über das Verhältnis Großbritanniens zum europäischen Festland. Man wird sich vor dem Irrtum hüten müssen, anzunehmen, daß Großbritannien sich zu einem „sozialistischen“ Europa (man wird fragen dürfen, ob es selbst „sozialistisch“ ist) anders verhalten würde als zu dem heutigen. Man kann in Großbritannien mit einer geheiligten Tradition, die oben drein dem Interesse des Landes gut gedient hat, nicht so schnell brechen. Die festländischen Staatsmänner und Politiker tun gut, das nunmehr endlich ad notam zu nehmen, so schwer manchem von ihnen diese neue Erkenntnis auch werden mag.

Die europäische Arbeiterschaft wird es wahrscheinlich am meisten bedauern, die britischen Arbeiter, die im eigenen Lande so große und wertvolle Reformen

zugunsten der arbeitenden Klasse durchgeführt haben, beim Kampf um die demokratisch-sozialistische Organisierung Europas nicht an ihrer Seite zu sehen. Man wird bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen müssen, daß der französische Außenminister *Robert Schuman*, als er am 9. Mai am Quai d'Orsay seinen Plan bekanntgab, ausdrücklich betonte, daß bei seiner Durchführung die gemeinschaftlichen Interessen den privatwirtschaftlichen vorangehen müßten, und daß die Arbeiter sowohl in ihren Löhnen wie in ihrer Arbeitstätigkeit geschützt werden würden. Es wird die Aufgabe der Gewerkschaften sein, deren Beteiligung an der Leitung und Kontrolle der vereinten Kohlen- und Stahlwirtschaft von der größten Wichtigkeit ist, für die soziale Gestaltung des Arbeitsverhältnisses aller hier Beschäftigten zu sorgen.

Es entspräche durchaus der veränderten politischen und sozialen Lage in Deutschland, wenn man bei dieser Gelegenheit einen energischen Versuch unternähme, die Sozialisierung der Ruhrwirtschaft durchzuführen. Sie ist, nachdem das französische Veto fortgefallen ist, eine innerdeutsche Angelegenheit geworden, die von den Gewerkschaften mit aller Kraft gefördert werden muß. Sie müssen, gemeinsam mit den politischen Parteien, die dieselben Auffassungen haben, alles tun, um den privatkapitalistischen Interessen der zu schaffenden Montangemeinschaft nur den geringstmöglichen Raum zu lassen. Sie ganz und gar auszumerzen, dürfte leider vorläufig kaum zu erreichen sein. Das ist einer der schwierigsten Punkte des Schumanplans, dessen Gelingen von der größten Bedeutung für das Werden Europas sein wird. Wenn er gut funktioniert, so wird er wohlthätige Folgen für die nächsten Schritte haben, die den Kontinent organisieren sollen. Diese Organisation ist auch dann nötig, wenn sie vorerst noch keine sozialistische ist. Sie wird, verglichen mit der isolierten Wirtschaftstätigkeit in den einzelnen europäischen Nationalstaaten, in jedem Fall ein Fortschritt sein, den man nicht unterschätzen darf. Die weitere Gestaltung der Struktur der organisierten europäischen Wirtschaft hängt sodann von der politischen Macht ab, die die sozialistischen oder kapitalistischen Kreise haben werden.

Grote-Misswahl

MASSENAUSWANDERUNG ODER DEUTSCHE WANDERARBEIT?

Unsere großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten schaffen ein Problem, das unter Umständen den Aufbau einer neuen deutschen Wirtschaft nicht nur verzögern, sondern überhaupt gefährden kann. Dieses Problem heißt Massenauswanderung. Eine solche Massenauswanderung mag auf den ersten Blick etwas Verlockendes haben, weil sie sich mit der Vorstellung verbindet, hierdurch eine Entlastung Restdeutschlands vom heutigen Bevölkerungsdruck zu erzielen. In Wahrheit jedoch ist diese Vorstellung von der Entlastung eine Täuschung. Die Lösung unserer Schwierigkeiten kann nicht in einer Massenauswanderung gesucht werden, sondern: 1. in einer Politik der Vollbeschäftigung; 2. durch Maßnahmen zur Vermehrung des Devisenanfalls für die Zwecke der Einfuhr.

Die wirtschaftliche Gesundung in Westdeutschland ist als solche nicht denkbar ohne die jetzigen Auslandskredite. Wir wissen, daß Umfang und Zeitdauer dieser Kreditgewährung begrenzt sind. Es ist ausgeschlossen, daß wir auch nur einen Teil der für die zukünftige Einfuhr notwendigen Devisenmenge durch ständige Erhöhung unserer Auslandsverschuldung im Kreditwege erhalten

Gewerkschaftliche Monatshefte

Zeitschrift für soziale Theorie und Praxis

1. JAHRGANG

AUGUST 1950

HEFT 8

AUS DEM INHALT:

Dr. Franz Große:

Protestantismus und Mitbestimmung

Prof. Schelsky: Arbeitsdienst?

Dr. Schieckel: Ist der Sozialaufwand zu hoch?

Dr. Köppen: Die Steuer-Belastung des Verbrauchers / *Jungbluth:* Rationalisierung und soziale Praxis / *Strobl:* Sozialpolitik in Norwegen

Dr. Bachmann: Geldschöpfung und Inflation

Dr. Grote-Missmahl: Massenauswanderung?

~~X~~ *Cohen-Reuss:* Die Entdeckung Europas

BUND - VERLAG GMBH · KÖLN